

Infrastruktur in Deutschland aus der Sicht der Bevölkerung

Ergebnisse einer Repräsentativuntersuchung im Auftrag des
Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung

Kommentierung der Ergebnisse

Deidesheim, Januar 2015
74309/R/CG/CS

Georg-von-Bach-Str. 2
D-67146 Deidesheim
Telefon 06326/701169
Telefax 06326/701173
www.polis-sinus.de
kontakt@polis-sinus.de

Geschäftsführer:
Dr. Walter Ruhland
Amtsgericht München
HRB 93212

Inhalt	Seite
Vorwort	4
Methodische Rahmendaten	5
A Zusammenfassung der Ergebnisse	6
B Die Ergebnisse im Einzelnen	10
1 Wichtigkeit von Themen	10
2 Zufriedenheit mit zentralen Infrastrukturbereichen	12
3 Beurteilung der Infrastruktur vor Ort	14
3.1 Aktuelle Situation	14
3.2 Erwartete Veränderungen in den kommenden Jahren	16
4 Notwendigkeit von Infrastrukturprojekten	19
4.1 Bereiche nach Dringlichkeit	19
4.2 Gründe gegen Bau oder Ausbau	20
5 Einstellungen zu Infrastrukturprojekten vor Ort	21
6 Finanzierung	23
6.1 Autobahnprojekte	23
6.2 Öffentlicher Personennahverkehr	24
6.3 Öffentlich-Private-Partnerschaften	25
6.4 Instandhaltung der Verkehrswege durch den „Soli“?	26
6.5 Internetausbau	27

Inhalt	Seite
7 Durchführung von Infrastrukturprojekten: Wer ist kompetent, der Staat oder private Unternehmen?	29
8 Infrastrukturprojekte und die Energiewende	30
8.1 Grad der Zustimmung	30
8.2 Akzeptanz höherer Energiepreise	31
8.3 Sicherung der Energieversorgung in der Übergangszeit	32
9 Investitionen vs. schuldenfreier Haushalt	34
10 Infrastrukturprojekte und Bürgerbeteiligung	35
10.1 Informiertheit der Bevölkerung	35
10.2 Beurteilung der Einflussmöglichkeiten	36
10.3 Gewünschte Mitsprachemöglichkeiten nach räumlicher Entfernung	37
10.4 Lösung von Interessenskonflikten	38
11 Digitaler Wandel	40
11.1 Chancen und Risiken	40
11.2 Nutzt Deutschland seine Chancen ausreichend?	41
11.3 Sollte der Staat das Sammeln von Daten durch Unternehmen einschränken?	42
12 Die Digitale Agenda der Bundesregierung	43
12.1 Bekanntheit	43
12.2 Grundsätzliche Beurteilung der Initiative	44
13 Interesse an Produkten und Dienstleistungen des Internets	45

Vorwort

Grundsätzlich ist das, was unter Infrastruktur verstanden wird, nicht eindeutig definiert. Je nach Quellenlage werden andere Bereiche hinzu gezählt: Gesundheit und Bildung, aber auch Ernährung, Wasserversorgung, Kultur und Medien sowie das Finanz- oder Versicherungswesen.

In der vorliegenden Studie musste das Themenspektrum aus Kapazitätsgründen begrenzt werden auf die Bereiche:

- Verkehr und Transport,
- Energieversorgung,
- Telekommunikation und Informationstechnik

Dafür fand zusätzlich die Infrastruktur vor Ort Berücksichtigung. Wie wird diese erlebt, welche Veränderungen werden erwartet bzw. befürchtet? Wie steht man möglichen Infrastrukturprojekten gegenüber, die einen selbst theoretisch betreffen könnten?

Rahmendaten

Methode:	Telefonische Repräsentativbefragung (CATI)
Grundgesamtheit:	Wohnbevölkerung ab 18 Jahren in Privathaushalten
Befragungszeitraum:	25.11.2014 – 9.1.2015
Stichprobenziehung:	ADM-Telefonstichprobe mit Zufallsauswahl der Telefonnummer, Auswahl der Befragungsperson über die „Last-Birthday“-Methode
Realisierte Stichprobe:	1.513 Interviews

A **Zusammenfassung der Ergebnisse**

1

Auf den ersten Blick haben die zentralen Infrastrukturthemen Verkehr, Energie und Internet nachrangigen Stellenwert. Im Mittelpunkt stehen die Themen, von denen man am ehesten betroffen ist: die Zukunft der Kinder, Gesundheit und Pflege sowie die Altersversorgung.

2

Die Mehrheit der Deutschen ist mit den Infrastrukturbereichen Energie, Verkehr und Internet zufrieden.

3

Auch die bestehende Infrastruktur vor Ort wird überwiegend positiv beschrieben, große Veränderungen werden in den nächsten Jahren nicht erwartet. Allerdings variiert die Wahrnehmung sehr stark mit der Größe des eigenen Wohnorts – vor allem in ländlichen Regionen wird die Infrastruktur heute schon in einigen Teilbereichen (Einkaufsmöglichkeiten, ÖPNV, medizinische Versorgung) kritischer beurteilt und es wird mit weiteren Verschlechterungen gerechnet. In den Ballungsräumen gewinnt das Thema bezahlbare Mieten zunehmend an Brisanz.

4

Nach der Dringlichkeit von Infrastrukturprojekten gefragt, setzen die Deutschen klare Prioritäten: Radwege, die Sanierung von Autobahnen, Solaranlagen, ÖPNV, Umgehungsstraßen und Windanlagen sind wichtig, ICE-Trassen und Mobilfunkmasten weniger wichtig und den Ausbau von Flughäfen hält nur eine Minderheit für nötig.

4.1

Vorrangiger Grund, der projektübergreifend gegen einen Ausbau spricht: Der jeweilige aktuelle Bestand reicht aus. Hinzu kommt bei Windanlagen, Stromtrassen, Mobilfunkmasten und Flughäfen die Befürchtung, ein Ausbau belastet Mensch und Natur zu stark, und bei Solaranlagen und ICE-Trassen das Kostenargument.

5

Radwege, den Ausbau des ÖPNV und Autobahnen, den Bau von Solaranlagen und schnelle Internetverbindungen würde man in der Region, in der man lebt, akzeptieren.

6

Die Finanzierung infrastruktureller Projekte, wie den Ausbau des ÖPNV und die Sanierung der Autobahnen, obliegt für die allermeisten dem Staat, der dafür Steuergelder einsetzen kann. Die Nutzer dieser Infrastruktur kommen als Finanziere nur für wenige in Betracht, die PKW-Maut ist unter diesem Aspekt keine attraktive Alternative. Auch private Investoren werden für den Straßen- oder Brückenbau mehrheitlich abgelehnt. Die finanzielle Last des Ausbaus der Internetverbindungen würde man hingegen lieber den Telekommunikationsunternehmen überlassen – der Staat soll aber ggf. den Unternehmen mit Steuererleichterungen bzw. Förderprogrammen finanziell entgegen kommen.

7

Grundsätzlich billigt man privaten Unternehmen jedoch mehr Kompetenz zu als dem Staat, wenn es um die Realisierung von großen Infrastrukturprojekten geht.

8

Die Bundesregierung ist mit der Energiewende auf dem richtigen Weg.

8.1

Die Hälfte der Deutschen ist nicht dazu bereit, für den Ausbau erneuerbarer Energie höhere Energiepreise zu bezahlen, 44% würden das akzeptieren.

8.2

Wenn in einer Übergangszeit der Energiebedarf nicht alleine durch erneuerbare Energien gedeckt werden kann, halten knapp zwei Drittel eine Senkung des Energieverbrauchs für die richtige Gegenmaßnahme.

9

Die Bundesregierung sollte am Ziel der „schwarzen Null“ festhalten, meinen knapp 60% der Bevölkerung. Rund 40% plädieren für neue Schulden, wenn mit dem Geld wichtige Infrastrukturprojekte finanziert werden.

10

Zwei Drittel der Bevölkerung fühlen sich nicht ausreichend informiert, wenn es um die Planung und Durchführung großer Bauvorhaben geht. Auch die Einflussmöglichkeiten werden skeptisch beurteilt.

10.1

Ein Mitspracherecht möchte man vor allem dann, wenn man von einer infrastrukturellen Maßnahme oder deren Planung unmittelbar betroffen wäre und/oder es sich um die eigene Wohnregion handeln würde.

10.2

Bei der Lösung von Infrastrukturkonflikten rangiert das Allgemeinwohl knapp vor den Interessen betroffener Anwohner. Auffällig: Während Männer dem Allgemeinwohl höhere Priorität einräumen, neigen Frauen eher dazu, die Interessen der betroffenen Anwohner zu thematisieren.

11

Der digitale Wandel bringt gleichermaßen Chancen und Risiken mit sich. Die Mehrheit ist der Meinung, Deutschland habe allerdings die Chancen des digitalen Wandels bislang nicht ausreichend genutzt.

11.1

Eindeutig ist das Votum zum Datenschutz: Knapp drei Viertel möchten, dass der Staat das Sammeln von Daten durch Unternehmen einschränkt.

12

Die Digitale Agenda der Bundesregierung ist 24% der Bürger bekannt. Die damit verbundenen Ziele werden von einer breiten Mehrheit für richtig befunden. Die Initiative hat damit gute Möglichkeiten, die Digitale Agenda öffentlich zu kommunizieren.

13

Das Interesse an Produkten und Dienstleistungen des Internets ist durchaus vorhanden, vor allem für Tauschbörsen zur Vermittlung von Wissen und Fähigkeiten, für Kleidung, Möbel und Spielzeug. Ein geringes Interesse besteht an einem Wohnungstausch im Urlaub, an Crowdfunding oder an privaten Taxiangeboten.

B Die Ergebnisse im Einzelnen

1 Wichtigkeit von Themen

Aus einer Rangreihe von allgemeinen Themen ergibt sich, dass die angesprochenen Infrastrukturbereiche nur für Minderheiten der Bevölkerung eine besonders große Dringlichkeit haben. Internet, Telefon und Datensicherheit halten 38% für sehr wichtig, 32% nennen die Energieversorgung und lediglich 19% der Deutschen den Bereich Transport und Verkehr.

Im Vergleich dazu die Themen, die die größte Bedeutung haben: Schule und Bildung (sehr wichtig: 64%), Gesundheit und Pflege (63%), Altersversorgung und Rente (53%), Innere Sicherheit (51%) sowie Familie, Kinder und Beruf (51%).

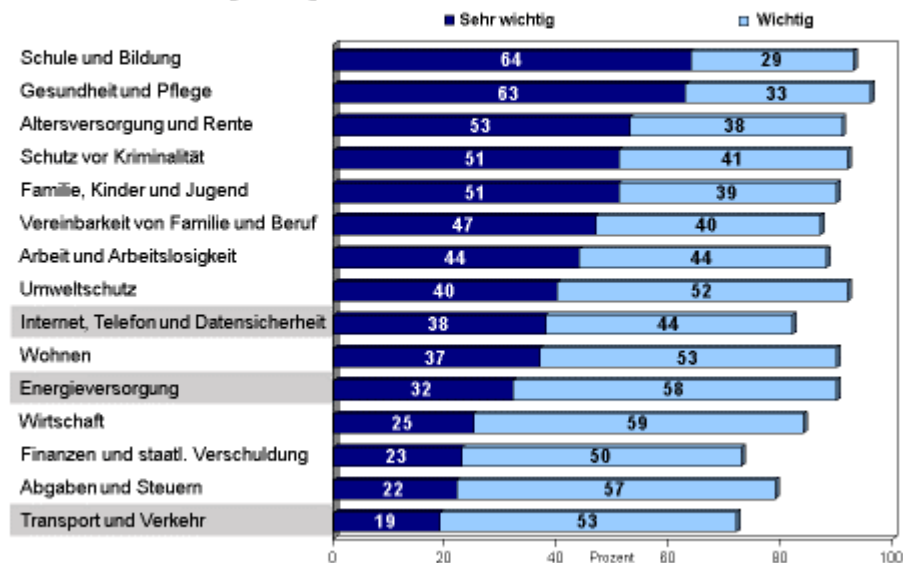
Im Mittelfeld: Vereinbarkeit von Familie und Beruf (sehr wichtig: 47%), Arbeit und Arbeitslosigkeit (44%), Umweltschutz (40%) und Wohnen (37%).

Wichtigkeit von Themen

Basis: Alle

Gesamt

Ausschnitt: „Sehr wichtig/wichtig“



Den Schluss bilden der Themenkomplex Wirtschaft (25%), die öffentlichen Finanzen und die Staatsverschuldung (23%) sowie Abgaben und Steuern (22%).

Diese Momentaufnahme signalisiert aus unserer Sicht zweierlei: Im Mittelpunkt des Interesses stehen diejenigen Themen, von denen man am ehesten unmittelbar betroffen ist: Die schulische und berufliche Zukunft der Kinder, die Gesundheit mit dem immer wichtiger werdenden Thema Pflege und die Altersversorgung.

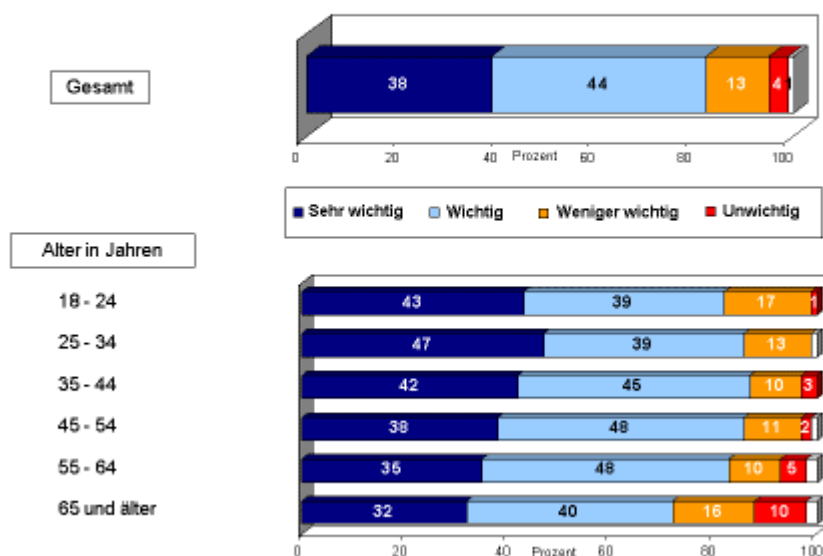
Für die genannten Infrastrukturbereiche bleibt dabei zunächst verhältnismäßig wenig Raum, im Verlauf dieser Berichterstattung wird aber deutlich werden, dass sie einen eigenen Stellenwert bekommen, je mehr man unmittelbar damit konfrontiert wird und Infrastrukturprojekte in der eigenen Wohnregion geplant oder durchgeführt werden.

Erwartungsgemäß sind die Themen Internet, Telefon und Datensicherheit in jungen und mittleren Altersgruppen wichtiger als in der älteren Generation.

Wichtigkeit von Infrastrukturthemen

Basis: Alle

Ausschnitt: „Internet, Telefon und Datensicherheit“



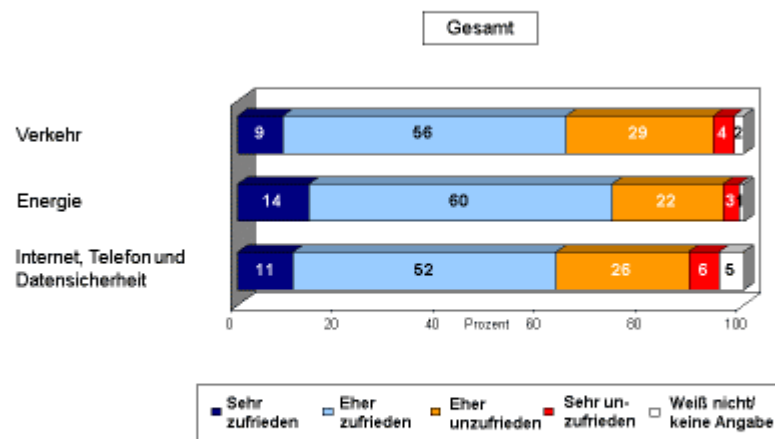
2

Zufriedenheit mit zentralen Infrastrukturbereichen

Das beschriebene Stimmungsbild kommt auch dadurch zustande, dass wir in den drei Infrastrukturbereichen, auf die sich die Studie bezieht, einen relativ hohen Zufriedenheitsgrad registrieren. 74% (sehr zufrieden: 14%, eher zufrieden: 60%) äußern sich in diesem Sinne, wenn es, ganz allgemein gesprochen, um Energie geht. 65% (sehr zufrieden: 9%, eher zufrieden: 56%) sehen keine oder nur wenige Probleme im Verkehrsbereich und 63% (sehr zufrieden: 11%, eher zufrieden: 52%) im Bereich Internet, Telefon und Datensicherheit. Insbesondere die überwiegende Zufriedenheit im Bereich Verkehr überrascht auf den ersten Blick, wenn man sich die Diskussionen über den schlechten Zustand von vielen Straßen und Brücken oder über das Streckennetz und Verspätungen der Deutschen Bahn ins Gedächtnis ruft.

Zufriedenheit mit zentralen Infrastrukturbereichen

Basis: Alle

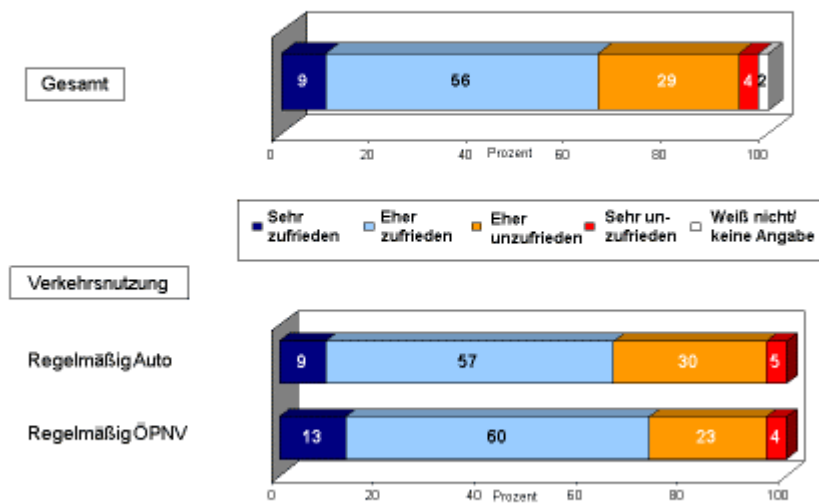


Bemerkenswert: Personen, die regelmäßig mit dem Auto unterwegs sind, äußern sich über den Bereich Verkehr etwas kritischer (sehr zufrieden/eher zufrieden: 66%) als regelmäßige ÖPNV-Nutzer (sehr zufrieden/eher zufrieden: 73%).

Zufriedenheit mit zentralen Infrastrukturbereichen

Basis: Alle

Ausschnitt: „Verkehr“



3 Beurteilung der Infrastruktur vor Ort

3.1 Aktuelle Situation

Die bestehende Infrastruktur am Wohnort wird ganz überwiegend positiv beschrieben. Die Zufriedenheit drückt sich darin aus, dass zwischen 60% und 80% der Gesamtbevölkerung die einzelnen Bereiche mit sehr gut oder eher gut bewerten. Eine gewisse Ausnahme bilden bezahlbare Wohnungen (55%), aber auch hier ist die Zufriedenheit größer als die Kritik.

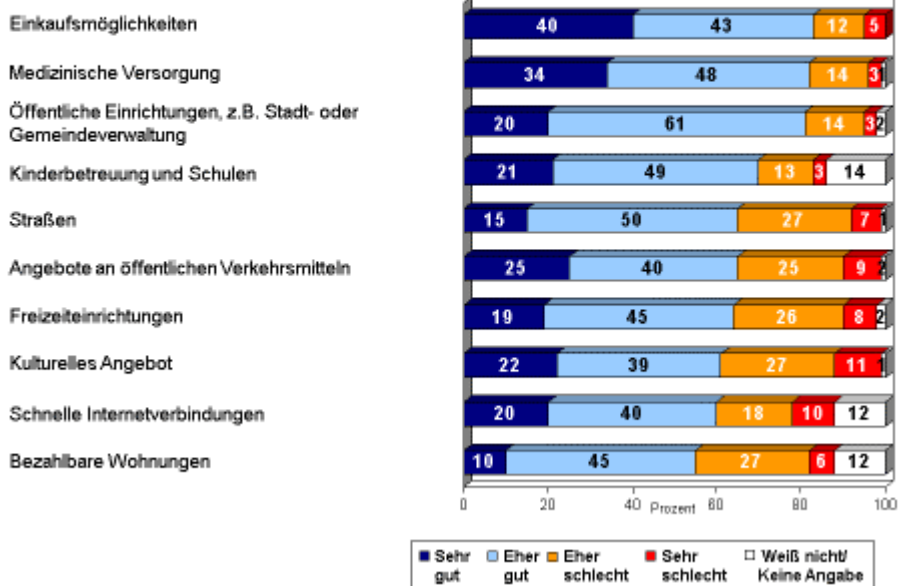
Besonders positiv schneiden die Einkaufsmöglichkeiten (83%), die medizinische Versorgung mit Ärzten und Krankenhäusern (82%), öffentliche Einrichtungen, z.B. Stadt- oder Gemeindeverwaltungen (81%), das Angebot an öffentlichen Verkehrsmitteln (75%) und die Kinderbetreuung und die Schulen (70%) ab. Örtliche Straßen (65%) und schnelle Internetverbindungen (60%) folgen mit etwas Abstand.

Beurteilung der Infrastruktur vor Ort

„Wie schätzen Sie die Versorgung in Ihrem Wohnort ein?“

Gesamt

Basis: Alle



Dieser positive Gesamteindruck relativiert sich allerdings in etlichen Bereichen, wenn man die Größe des Wohnorts berücksichtigt: Für die bestehenden Einkaufsmöglichkeiten, die medizinische Versorgung, das kulturelle Angebot oder den ÖPNV existiert ein deutliches Stadt-Land-Gefälle: So bewerten neun von zehn Bewohnern von Großstädten die Angebote an öffentlichen Verkehrsmitteln mit sehr gut oder gut. Auf dem Land sagen dies lediglich 34%.

Ein weiteres Stadt-Land-Gefälle wird bei den schnellen Internetverbindungen deutlich: Während drei Viertel der Großstadtbewohner von einer guten Versorgung berichten, trifft dies nur auf jeden zweiten Bewohner ländlicher Regionen zu.

Wohnungsmieten stellen wiederum ein Problem in den Ballungsräumen dar: Nur 39% der Bewohner von Großstädten über 500.000 Einwohner schätzen die Versorgung mit günstigem Wohnraum als ausreichend ein. Auf dem Land gilt dies für zwei Drittel.

Beurteilung der Infrastruktur vor Ort

„Wie schätzen Sie die Versorgung in Ihrem Wohnort ein?“

Basis: Alle Ausschnitt: „Sehr gut / gut“	Gesamt	Wohnortgröße				
		Dorf/ Land	Klein- stadt	Mittel- stadt	Großstadt bis 500Tsd.	über 500Tsd.
Einkaufsmöglichkeiten	83	64	80	85	93	97
Medizinische Versorgung	82	67	80	81	93	91
Öffentliche Einrichtungen, z.B. Stadt- oder Gemeindeverwaltung	80	73	84	81	82	80
Kinderbetreuung und Schulen	70	70	76	70	67	65
Straßen	66	68	66	65	58	70
Angebote an öffentlichen Verkehrsmitteln	64	34	55	65	88	90
Freizeiteinrichtungen	64	52	62	64	70	72
Kulturelles Angebot	60	36	47	60	85	86
Schnelle Internetverbindungen	60	49	54	61	64	75
Bezahlbare Wohnungen	55	66	59	56	52	39

Prozent

3.2

Erwartete Veränderungen in den kommenden Jahren

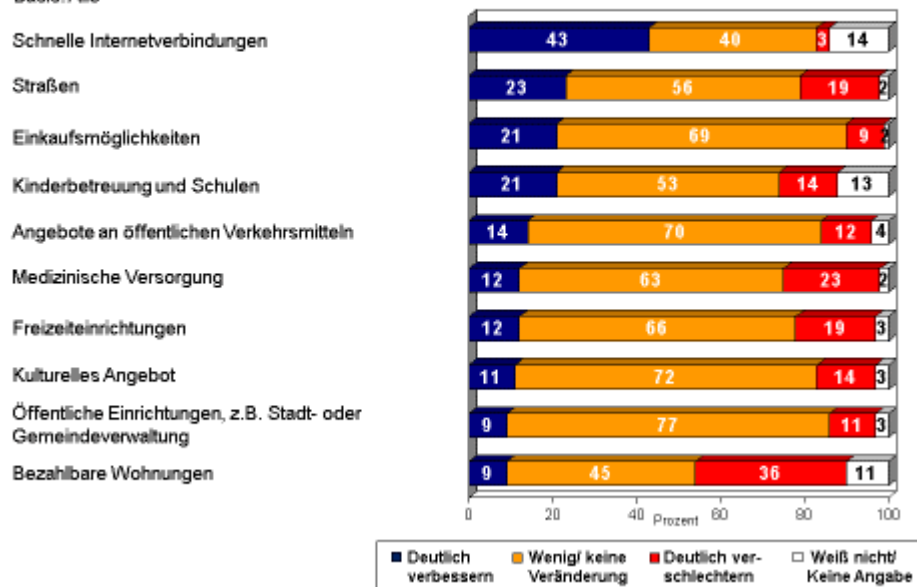
Die Mehrzahl der Bürger rechnet in den kommenden Jahren nicht mit größeren Veränderungen in den meisten Infrastrukturbereichen vor Ort. Allerdings gibt es bemerkenswerte Ausnahmen: 43% sind der Auffassung, es werde zukünftig mehr schnelle Internetverbindungen geben, dadurch werde sich die Lage deutlich verbessern. Die Erwartungen, die die Menschen hier haben, sind hoch. 36% befürchten deutliche Verschlechterungen der Wohnsituation, weil Wohnraum immer teurer wird und 23% machen sich Sorgen um die medizinische Versorgung durch Ärzte und Krankenhäuser in den kommenden Jahren.

Beurteilung der Infrastruktur vor Ort

„Und wie wird sich die Versorgung in den kommenden Jahren verändern?“

Gesamt

Basis: Alle



Aufschlussreich im Zusammenhang mit schnellen Internetverbindungen sind einige soziodemografische Merkmale: Verbesserungen erwarten vor allem jüngere Menschen, bei den Älteren ist die Erwartungshaltung geringer. Personen mit Hauptschulabschluss glauben weniger häufig daran, dass Internetverbindungen in Zukunft

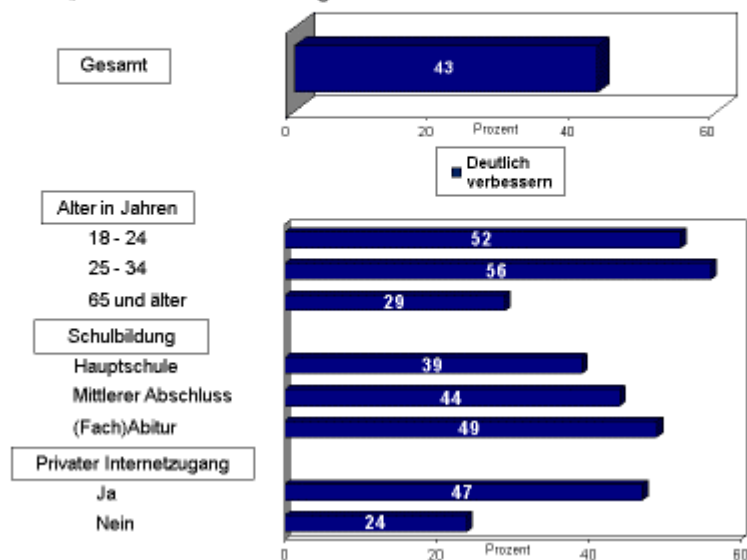
schneller sind, als Personen mit einem höheren Bildungsabschluss. Und: Wer im Haushalt über einen Internetzugang verfügt, geht eher davon aus, dass die schnellen Internetverbindungen kommen werden, als Bewohner von „Offline-Haushalten“.

Beurteilung der Infrastruktur vor Ort

„Und wie wird sich die Versorgung in den kommenden Jahren verändern?“

Basis: Alle

Ausschnitt: „Schnelle Internetverbindungen“



Die Bürger in den Ballungsräumen rechnen mit einer weiteren Verschärfung der Situation auf dem Wohnungsmarkt. In den Großstädten bis 100.000 Einwohnern gehen 45% von einer deutlichen Verschlechterung aus, in Großstädten über 500.000 Einwohner sogar 56%. Bei der medizinischen Infrastruktur befürchten hingegen überproportional viele Bewohner ländlicher Orte Verschlechterungen (31%). Beim kulturellen Angebot erwartet beinahe jeder fünfte Kleinstadtbewohner (18%) eine Verschlechterung.

Ebenfalls auffällig: Mit einer Verbesserung der schnellen Internetverbindungen vor Ort rechnet man vor allem dort, wo jetzt schon die Versorgung gut ist: Jeder zweite Großstadtbewohner erwartet eine (weitere) Verbesserung beim Datennetz. Auf dem Land sehen le-

diglich 35% der Entwicklung optimistisch entgegen – obwohl dort der Nachholbedarf besonders groß ist (siehe oben, Punkt 3.1.)

Beurteilung der Infrastruktur vor Ort

„Und wie wird sich die Versorgung in den kommenden Jahren verändern?“

Gesamt

Basis: Alle

Ausschnitt: „**Deutlich verschlechtern**“ für ausgewählte Items

	Gesamt	Wohnortgröße				
		Dorf/Land	Klein-stadt	Mittel-stadt	bis 500Tsd.	Großstadt über 500Tsd.
Bezahlbare Wohnungen	36	23	31	32	45	56
Medizinische Versorgung	23	31	27	17	22	17
Kulturelles Angebot	14	14	18	13	14	11

Ausschnitt: „**Deutlich verbessern**“ für ausgewählte Items

Schnelle Internetverbindungen	43	35	47	45	39	48
-------------------------------	----	----	----	----	----	----

Prozent

4 Notwendigkeit von Infrastrukturprojekten

4.1 Bereiche nach Dringlichkeit

Die hier berichteten Ergebnisse relativieren die eingangs getroffenen Feststellungen, wonach die Bürger Infrastrukturthemen relativ wenig Beachtung widmen. Auf der allgemeinen Ebene trifft das zu, wenn man sie konkret auf einzelnen Bereiche anspricht, setzen sie aber deutliche Schwerpunkte:

Jeweils drei Viertel halten den Bau von Radwegen (76%) und den Bau bzw. die Sanierung von Autobahnen (75%) für nötig. Hohe Priorität haben auch der Bau von Solaranlagen (71%), der Ausbau des ÖPNV (71%), der Bau von Umgehungsstraßen (65%) und von Windanlagen (63%).

Im Vergleich dazu wird der Bau von Stromtrassen (56%) von weniger Bürgern für dringlich erachtet. Dies gilt noch stärker für den Bau von ICE-Trassen (42%) und Mobilfunkmasten (41%). Nur 23% sind der Meinung, die Flughäfen sollten ausgebaut werden.

Notwendigkeit von Infrastrukturprojekten

„In welchen der folgenden Bereichen halten Sie einen Bau oder Ausbau für nötig und in welchen nicht?“

Basis: Alle

Bau von Radwegen

Bau und Sanierung von Autobahnen

Bau von Solaranlagen

Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs

Ausbau der schnellen Internetverbindungen

Bau von Umgehungsstraßen

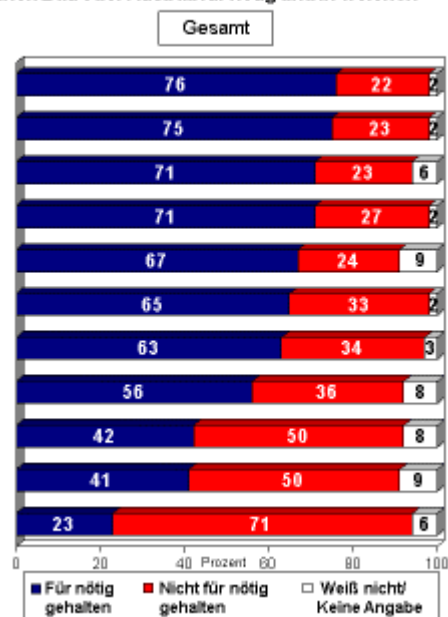
Bau von Windanlagen

Bau von Stromtrassen

Bau von ICE-Trassen / Fernzugtrassen

Errichtung von Mobilfunkmasten

Ausbau von Flughäfen



4.2 Gründe gegen den Bau oder Ausbau

Hauptargument, weshalb man den Bau oder Ausbau verschiedener Infrastrukturmaßnahmen nicht für nötig hält: Der aktuelle Bestand reiche aus. Bei Windanlagen (38%), Stromtrassen (35%), Mobilfunkmasten (34%) und Flughäfen (35%) wird zusätzlich eingewendet, ein Ausbau belastet Mensch und Natur zu stark. Hinzu kommen finanzielle Bedenken, insbesondere Solaranlagen (32%), ICE-Trassen (28%) und Flughäfen (31%) seien zu teuer und sollten deshalb nicht gebaut oder ausgebaut werden.

Notwendigkeit von Infrastrukturprojekten

„Und warum halten Sie einen Bau oder Ausbau für nicht nötig?“

Basis: Nur Befragte, die Bau/Ausbau nicht für nicht nötig halten

	Gesamt		
	Aktueller Bestand reicht aus	Ausbau belastet Mensch bzw. Umwelt	Ausbau wäre zu teuer
Bau von Radwegen	85	4	13
Bau und Sanierung von Autobahnen	74	25	25
Bau von Solaranlagen	60	14	32
Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs	81	11	15
Ausbau der schnellen Internetverbindungen	81	12	16
Bau von Umgehungsstraßen	72	24	21
Bau von Windanlagen	53	38	21
Bau von Stromtrassen	62	35	22
Bau von ICE-Trassen / Fernzugtrassen	72	25	28
Errichtung von Mobilfunkmasten	74	34	10
Ausbau von Flughäfen	71	35	31

Prozent

5 Einstellungen zu Infrastrukturprojekten vor Ort

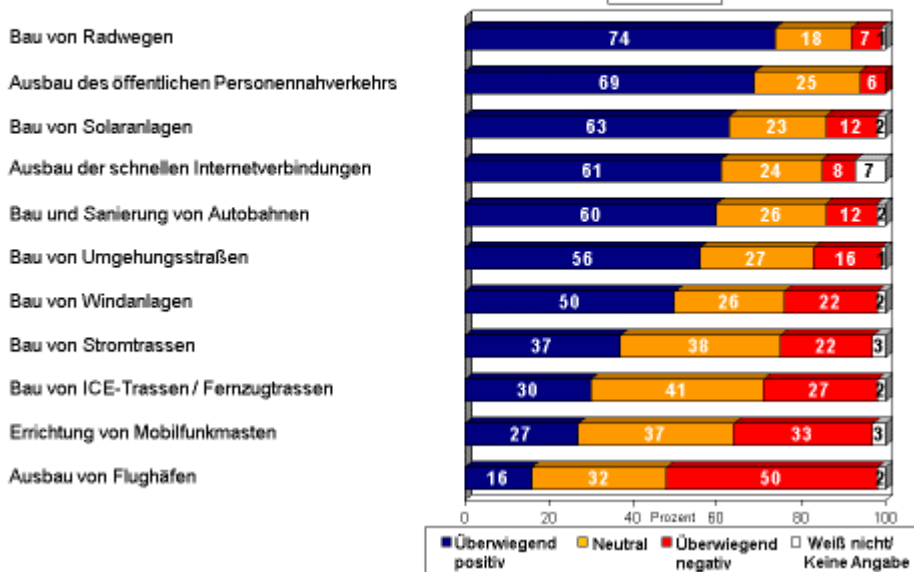
Die geschilderten Pro- und Kontra-Argumente schlagen sich auch in den Einstellungen zu Infrastrukturprojekten vor Ort nieder: Eine Reihe von Projekten würde man akzeptieren, auch wenn sie in der Region, in der man lebt, umgesetzt werden. Dies gilt vor allem für Radwege, den ÖPNV, Solaranlagen, das Internet und die Autobahnen. Einwände gibt es nur wenige.

Anders sieht es bei Stromtrassen, ICE-Trassen, Mobilfunkmasten und den Flughäfen aus. Nur Minderheiten sind ihnen gegenüber aufgeschlossen. Die Kritik daran, diese Projekte in der eigenen Wohngegend zu realisieren, überwiegt (Mobilfunkmasten, Flughäfen) oder man verhält sich überwiegend neutral (ICE-Trassen). Markantestes Beispiel: 74 % der Befragten würde es begrüßen, wenn in ihrer Region mehr Radwege gebaut würden, 18% enthalten sich der Stimme und lediglich 7% votieren dagegen. Den Ausbau von Flughäfen finden lediglich 16% attraktiv, 32% beziehen keine Position, aber 50% äußern sich kritisch.

Einstellungen zu Infrastrukturprojekten vor Ort

„Unabhängig davon, ob solche Projekte in Ihrer Region derzeit stattfinden oder geplant sind: Wie stehen Sie der Umsetzung der nachfolgenden Projekte in Ihrer Region grundsätzlich gegenüber?“

Basis: Alle



Interessant ist es zu beobachten, wie sich die Einstellungen von Männern und Frauen voneinander unterscheiden. Insbesondere der Ausbau schneller Internetverbindungen und der Bau von Stromtrassen werden von Frauen weniger positiv bewertet als von Männern.

Einstellungen zu Infrastrukturprojekten vor Ort

„Unabhängig davon, ob solche Projekte in Ihrer Region derzeit stattfinden oder geplant sind: Wie stehen Sie der Umsetzung der nachfolgenden Projekte in Ihrer Region grundsätzlich gegenüber?“

Basis: Alle

Ausschnitt: „Überwiegend positiv“ für ausgewählte Items

	Gesamt	Männer	Frauen	Diff.
Ausbau der schnellen Internetverbindungen	61	68	54	-14
Bau und Sanierung von Autobahnen	60	64	56	-8
Bau von Windanlagen	50	55	46	-9
Bau von Stromtrassen	37	46	29	-17
Errichtung von Mobilfunkmasten	27	33	23	-10

Prozent

6 Finanzierung

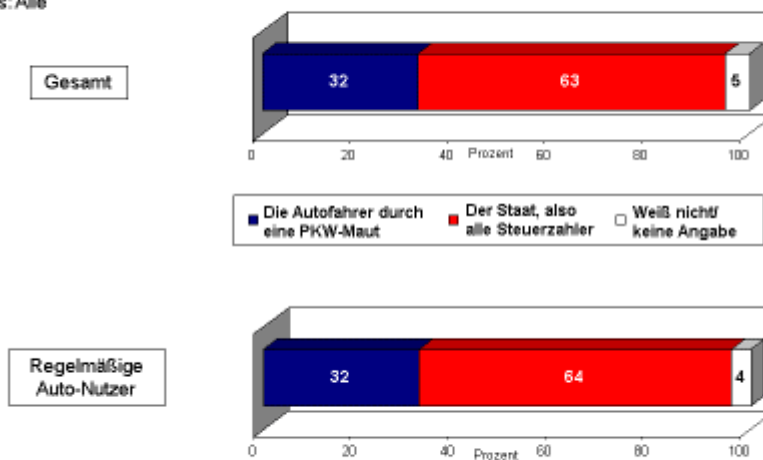
6.1 Autobahnprojekte

Die Finanzierung des Autobahnbaus und des Erhalts von Autobahnen sollte nach Auffassung der Bürger auch zukünftig vorrangig Sache des Staates sein. 63% der Deutschen vertreten diese Auffassung, 32% plädieren dafür, in erster Linie die Autofahrer durch eine PKW- Maut heranzuziehen. Regelmäßige Autofahrer sind der gleichen Meinung.

Finanzierung

„Wenn es um die Finanzierung des Autobahnbaus und des Erhalts von Autobahnen geht, wer sollte das Ihrer Meinung nach vorrangig bezahlen?“

Basis: Alle



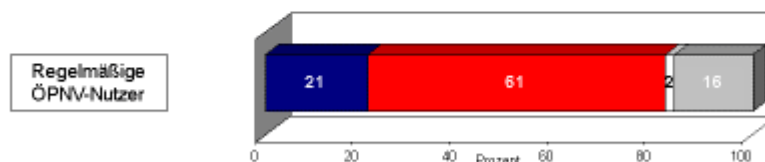
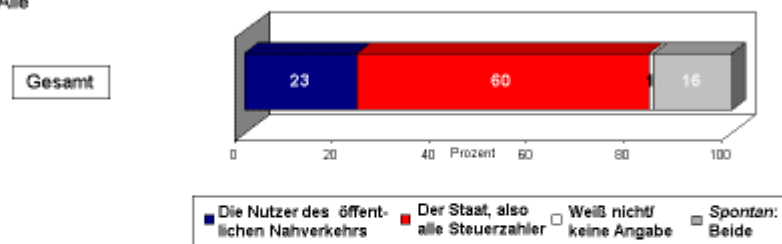
6.2 Öffentlicher Personennahverkehr

Auch der ÖPNV sollte weiterhin vorrangig vom Staat, also den Steuerzahlern finanziert werden (60%). Lediglich knapp ein Viertel sähe es lieber, wenn das Geld durch die Nutzer des ÖPNV aufgebracht würde. In dieser Frage sind sich Gesamtbevölkerung und ÖPNV-Nutzer weitgehend einig.

Finanzierung

„Und wenn es um die Finanzierung des ÖPNV geht, wer sollte das Ihrer Meinung nach vorrangig bezahlen?“

Basis: Alle



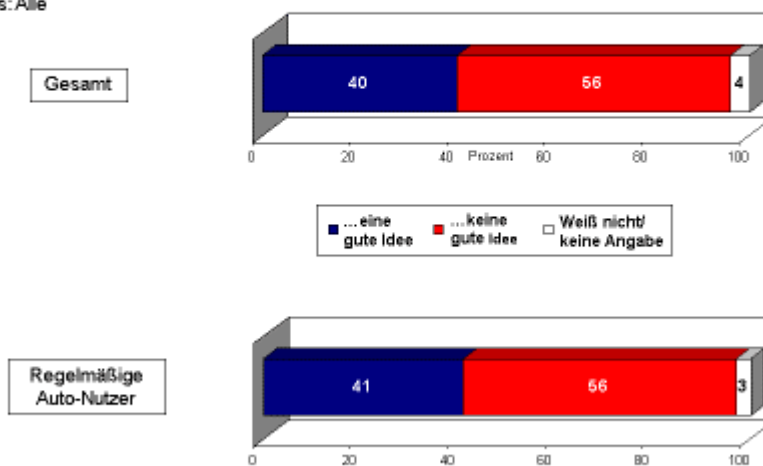
6.3 Öffentlich-Private-Partnerschaften

56% der Deutschen finden es keine gute Idee, wenn Privatunternehmen auf eigene Rechnung eine Straße oder Brücke bauen und dafür von den Nutzern oder dem Staat eine Gebühr erhalten, die über einen bestimmten Zeitraum gezahlt wird. 40% signalisieren ihre grundsätzliche Zustimmung. Die Meinungen der Autofahrer unterscheiden sich von denen der Gesamtbevölkerung nicht.

Finanzierung

„Wenn das Geld nicht ausreicht, gibt es die Möglichkeit, dass ein Privatunternehmen eine Straße oder Brücke mit eigenem Geld baut. Im Gegenzug erhält das Unternehmen von den Nutzern der Straße oder vom Staat eine Gebühr, die über einen bestimmten Zeitraum gezahlt wird. Halten Sie das generell für...?“

Basis: Alle



6.4

Instandhaltung der Verkehrswege durch den „Soli“?

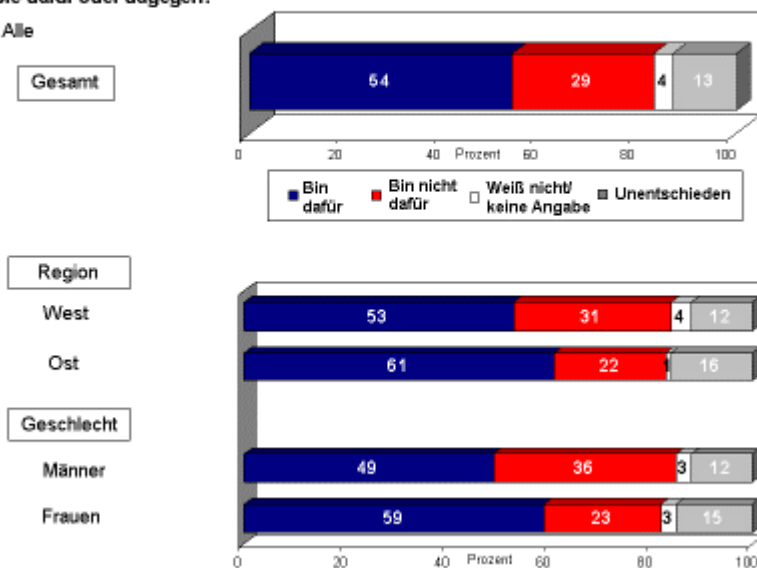
Mehrheitliche Zustimmung (54%) signalisieren die Bürger für den Fall, dass nach dem Jahr 2020 der „Soli“ umgewandelt wird und die Mittel für die Instandhaltung der Verkehrswege herangezogen würden. 29% wären dagegen und 13% sind unentschieden.

Befragte in Ostdeutschland stehe diesem Modell positiver gegenüber (61%) als die im Westen (53%). Und: Frauen (59%) votieren deutlicher als Männer (49%) für eine diesbezügliche Mittelverwendung.

Finanzierung

„Derzeit wird diskutiert, den Solidaritätszuschlag, auch „Soli“ genannt, nach dem Jahr 2020 umzuwandeln und die Mittel für die Instandhaltung der Verkehrswege bundesweit einzusetzen. Sind Sie dafür oder dagegen?“

Basis: Alle



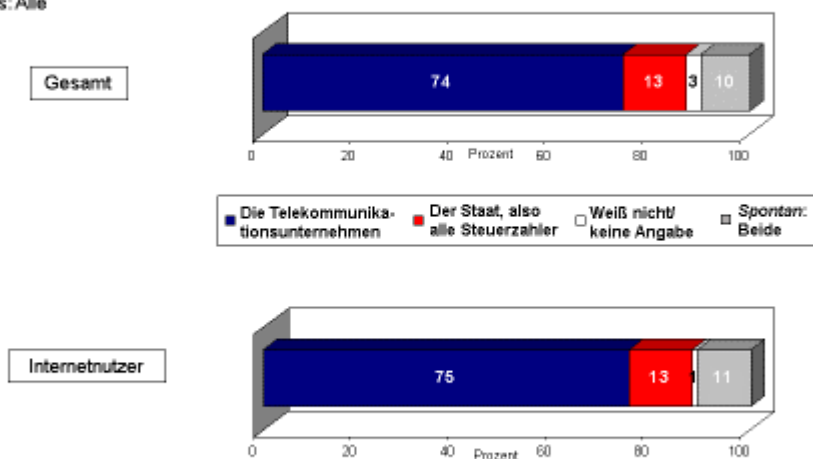
6.5 Internetausbau

Sehr deutlich fällt das Votum beim Ausbau des Internets aus. Drei Viertel der Deutschen, darunter ebenso viele Internetnutzer, sind der Auffassung, die Finanzierung sollte über die Telekommunikationsunternehmen laufen. Nur 13% würden den Staat und damit die Steuerzahler heranziehen.

Finanzierung

„Und wenn es um die Finanzierung des Internetausbaus geht, wer sollte das Ihrer Meinung nach vorrangig bezahlen?“

Basis: Alle

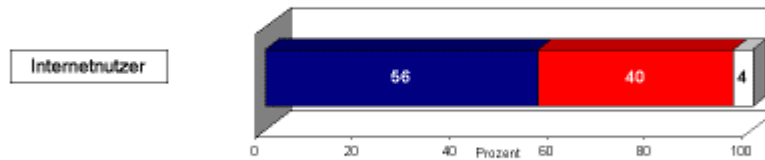
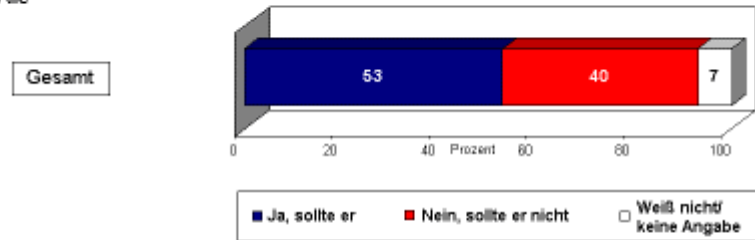


Allerdings plädiert eine Bevölkerungsmehrheit (53%) dafür, dass der Staat den Unternehmen bei den Ausbaurkosten von rund 20 Mrd. Euro in Form von Steuererleichterungen oder Fördermitteln finanziell entgegen kommt.

Finanzierung

„Die Regierung hat sich vorgenommen, bis 2018 das schnelle Internet flächendeckend anzubieten. Schätzungen zufolge würde ein Ausbau die Telekommunikationsunternehmen rd. 20 Mrd. Euro kosten. Sollte der Staat den Unternehmen Steuererleichterungen oder Fördermittel für den Ausbau des schnellen Internets gewähren oder sollte er das nicht?“

Basis: Alle



7

Durchführung von Infrastrukturprojekten: Wer ist kompetent, der Staat oder private Unternehmen?

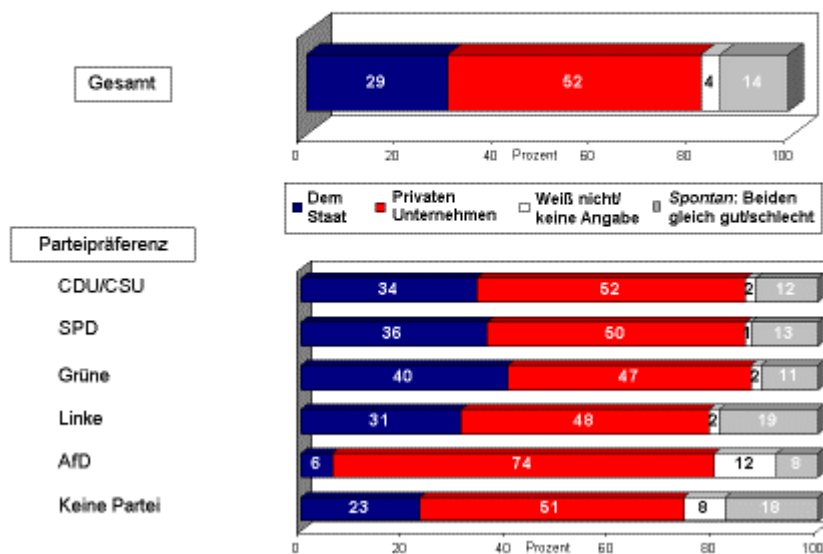
Was die Planung, Organisation und Verwaltung von umfangreichen Infrastrukturprojekten angeht, sehen die Bundesbürger eindeutig den privaten Sektor im Vorteil gegenüber dem staatlichen: 52% trauen privatwirtschaftlichen Unternehmen eher zu, Infrastrukturprojekte erfolgreich zu bewältigen, nur 29% präferieren den Staat.

Das Zutrauen in die Unternehmen ist parteiübergreifend größer, auffallend selten wird der Staat von AfD-Anhängern als kompetent wahrgenommen (6%).

Durchführung von Infrastrukturprojekten

„Wem trauen Sie Planung, Organisation und Verwaltung von großen Infrastrukturprojekten eher zu: dem Staat oder privaten Unternehmen?“

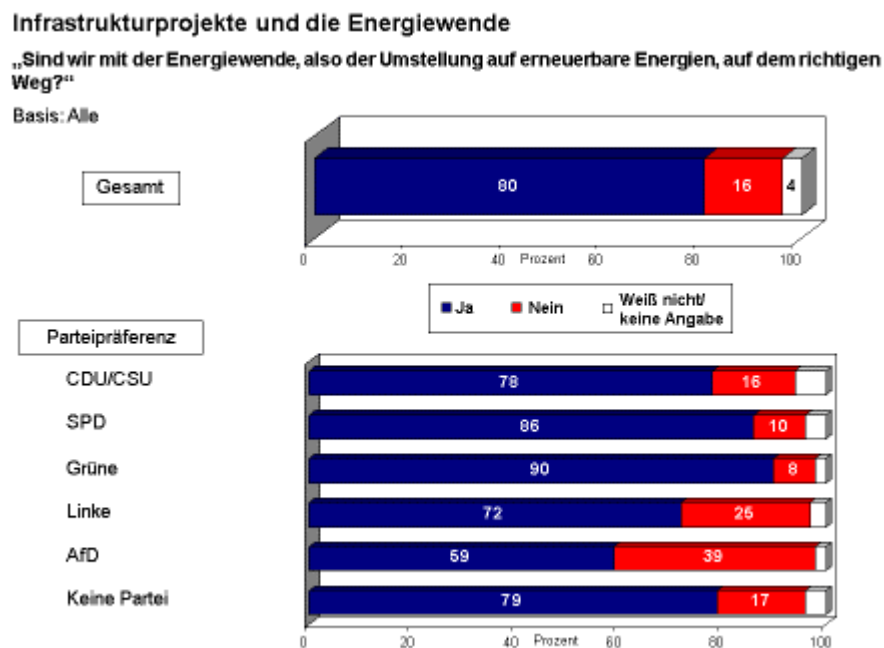
Basis: Alle



8 Infrastrukturprojekte und die Energiewende

8.1 Grad der Zustimmung

Generell ist die große Mehrheit der Bundesbürger mit der Energiewende einverstanden, 80% sehen Deutschland damit auf dem richtigen Weg. Diese Sicht teilen die Anhänger aller Parteien, auch unter den AfD-Sympathisanten spricht sich eine Mehrheit von 59% für diesen energiepolitischen Kurs aus, während 39% gegenteiliger Ansicht sind.



Wir wissen allerdings aus anderen Studien, dass dieser Weg mit vielen Problemen behaftet ist und von den Menschen insbesondere eine sichere Energieversorgung erwartet wird.

8.2 Akzeptanz höherer Energiepreise

44% der Bürger sind bereit, für den Ausbau erneuerbarer Energien auch höhere Energiepreise zu bezahlen. Eine knappe Bevölkerungsmehrheit (51%) würde das nicht akzeptieren, weitere 5% haben sich noch keine abschließende Meinung gebildet.

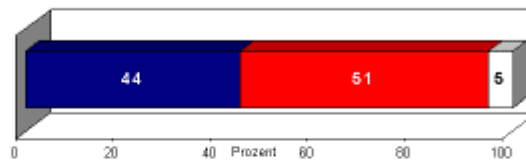
Die Bereitschaft, bzw. die Möglichkeiten, sich an der Energiewende finanziell zu beteiligen, hängen sehr stark vom eigenen sozio-ökonomischen Status ab. Während zwei Drittel der Angehörigen gehobener oder höherer sozialer Schichten grundsätzliche Bereitschaft signalisieren, höhere Energiepreise mitzutragen, gilt dies für nur 37% der Bürger aus einfachen sozialen Verhältnissen.

Infrastrukturprojekte und die Energiewende

„Sind Sie bereit, für den Ausbau erneuerbarer Energien höhere Energiepreise zu zahlen oder sind Sie dazu nicht bereit?“

Basis: Alle

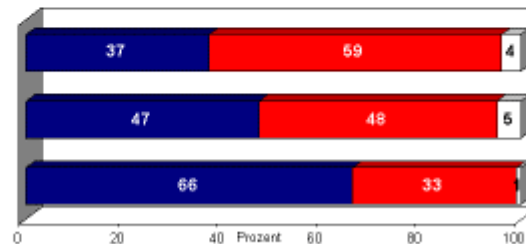
Gesamt



■ Bin bereit, höhere Preise zu bezahlen ■ Bin nicht dazu bereit □ Weiß nicht/keine Angabe

Subjektive Schichtzugehörigkeit

Einfache Verhältnisse



Mittelschicht

Gehobene und höhere soziale Schichten

8.3

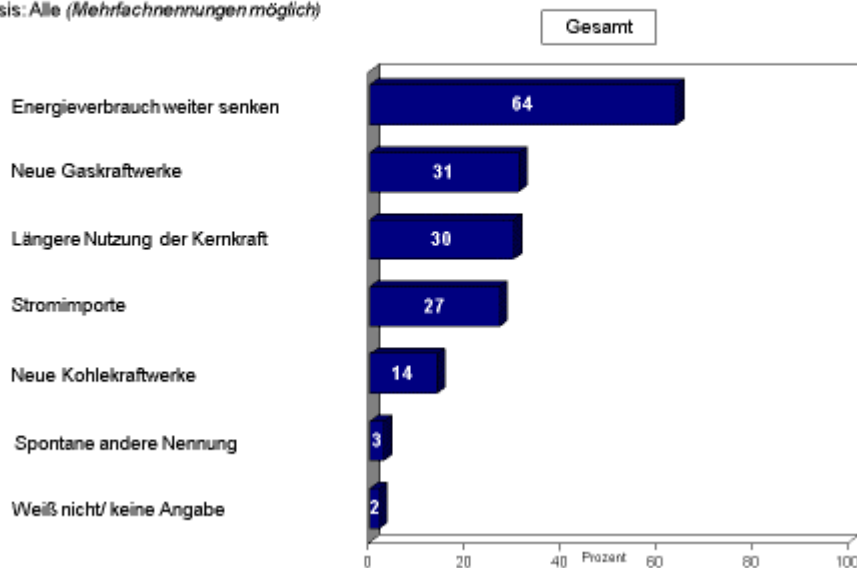
Sicherung der Energieversorgung in der Übergangszeit

Für den Fall, dass der Energiebedarf auf absehbare Zeit nicht alleine durch erneuerbare Energien gedeckt werden kann, halten die Bürger primär eine weitere Senkung des Energieverbrauchs (64%) für notwendig. Mit deutlichem Abstand folgen neue Gaskraftwerke (31%), längere Laufzeiten von Kernkraftwerken (30%) und Stromimporte (27%). Nur 14% plädieren für einen Neubau von Kohlekraftwerken.

Infrastrukturprojekte und die Energiewende

„Wenn der Energiebedarf auf absehbare Zeit nicht alleine durch erneuerbare Energien gedeckt werden kann, wie sollte man Ihrer Meinung nach die Energieversorgung sicherstellen: Durch...?“

Basis: Alle (Mehrfachnennungen möglich)



Auffällig: Auf einen rückläufigen Energieverbrauch in der Übergangszeit setzen insbesondere die Anhänger der Grünen (80%) und die der Linken (76%). Neue Gaskraftwerke stellen ebenfalls für überdurchschnittlich viele Linken-Sympathisanten eine Option dar. Eine Laufzeitverlängerung der Kernkraftwerke zur Sicherstellung der Energieversorgung wird von jedem zweiten Anhänger der AfD präferiert.

Infrastrukturprojekte und die Energiewende

„Wenn der Energiebedarf auf absehbare Zeit nicht alleine durch erneuerbare Energien gedeckt werden kann, wie sollte man Ihrer Meinung nach die Energieversorgung sicherstellen: Durch...?“

Basis: Alle (Mehrfachnennungen möglich)

	Gesamt	Parteipräferenz					
		CDU/CSU	SPD	Grüne	Linke	AfD	Keine
Energieverbrauch weiter senken	64	59	67	80	76	61	58
Neue Gaskraftwerke	31	29	34	39	44	35	27
Längere Nutzung der Kernkraft	30	38	24	18	26	50	30
Stromimporte	27	25	33	27	34	24	25
Neue Kohlekraftwerke	14	16	16	9	10	19	15

Prozent

9

Investitionen vs. schuldenfreier Haushalt

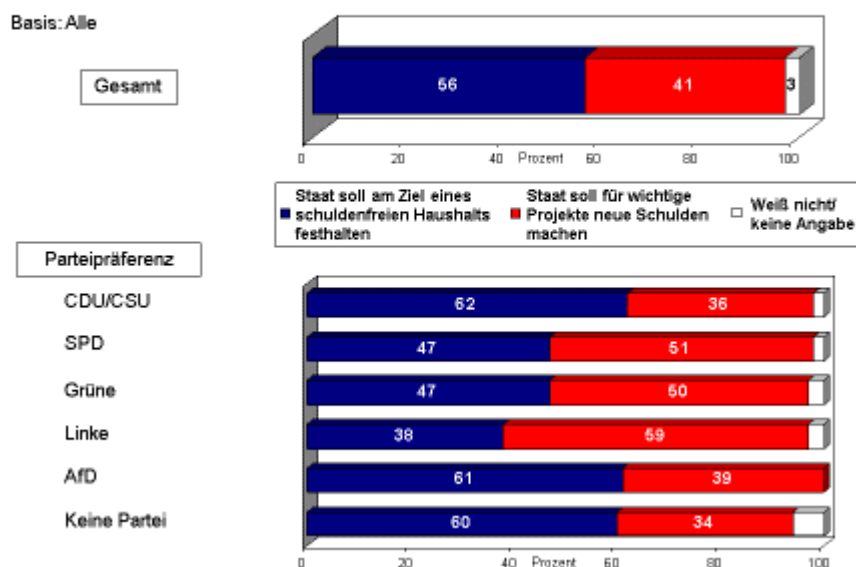
Erstmals seit 1969 kam die Bundesregierung im vergangenen Jahr ohne Neuverschuldung aus. Eine Mehrheit der Bürger (56%) wünscht, dass am Ziel der „schwarzen Null“ auch zukünftig festgehalten wird, während 41% meinen, der Staat solle für wichtige Infrastrukturprojekte neue Kredite aufnehmen.

Innerhalb der Parteianhängerschaften gehen die Meinungen auseinander: Während die Anhänger von Union und AfD mehrheitlich am Ziel eines schuldenfreien Haushalts festhalten, plädiert jeder zweite Sympathisant der SPD und der Grünen für schuldenfinanzierte Infrastrukturinvestitionen. Unter den Anhängern der Linken liegt dieser Anteil sogar bei 59%.

Investitionen vs. schuldenfreier Haushalt

„Der Ausbau der öffentlichen Infrastruktur kostet viel Geld. Soll der Staat trotzdem an seinem Ziel festhalten, keine Schuldenmehr zu machen oder soll er für wichtige Infrastrukturprojekte neue Schulden machen?“

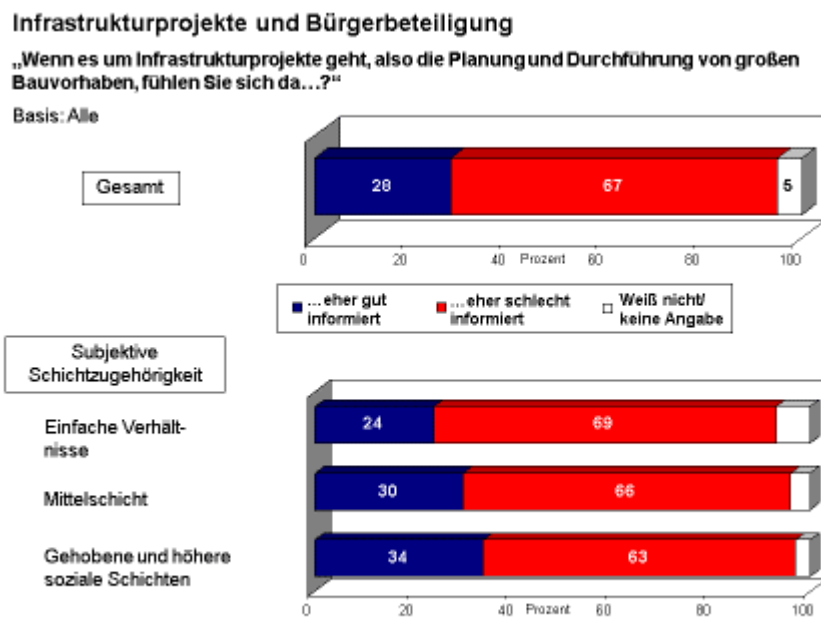
Basis: Alle



10 Infrastrukturprojekte und Bürgerbeteiligung

10.1 Informiertheit der Bevölkerung

Zwei Drittel der Bevölkerung fühlen sich bei Infrastrukturprojekten nicht ausreichend informiert. Nur 28% sehen sich bei der Planung und Durchführung von großen Bauvorhaben eher gut informiert. Diese Einschätzung variiert auch kaum nach sozialer Schichtzugehörigkeit.



Das Ergebnis deckt sich mit Befunden aus anderen Studien, die wir zu den Themen Partizipation und Bürgerbeteiligung durchgeführt haben. Die Informationsbedürfnisse sind groß, Defizite werden relativ unabhängig davon benannt, welcher Schicht man sich zugehörig fühlt oder wie groß das politische Interesse ist.

10.2 Beurteilung der Einflussmöglichkeiten

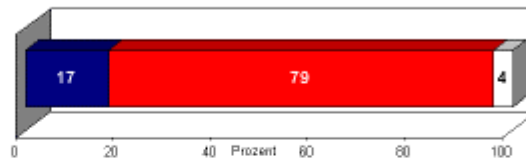
Auch die gegebenen Einflussmöglichkeiten werden eher skeptisch beurteilt: Nur 17% sind der Ansicht, man habe als Bürger bei der Planung und Durchführung entsprechender Projekte genug Mitwirkungschancen. 79% fordern mehr Einfluss. Auch diese Forderung erheben die Bürger aus den unterschiedlichen Schichten fast gleichermaßen.

Infrastrukturprojekte und Bürgerbeteiligung

„Hat man als Bürger auf die Planung und Durchführung solcher Bauvorhaben genug Einfluss oder sollte man mehr Einfluss haben?“

Basis: Alle

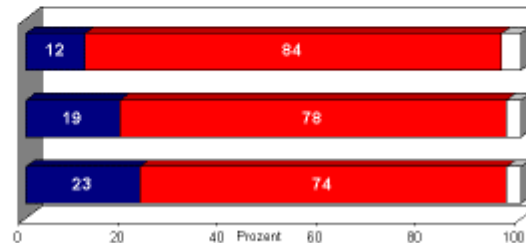
Gesamt



■ Hat genug Einfluss ■ Sollte mehr Einfluss haben □ Weiß nicht/keine Angabe

Subjektive Schichtzugehörigkeit

Einfache Verhältnisse



Mittelschicht



Gehobene und höhere soziale Schichten



10.3

Gewünschte Mitsprachemöglichkeiten nach räumlicher Entfernung

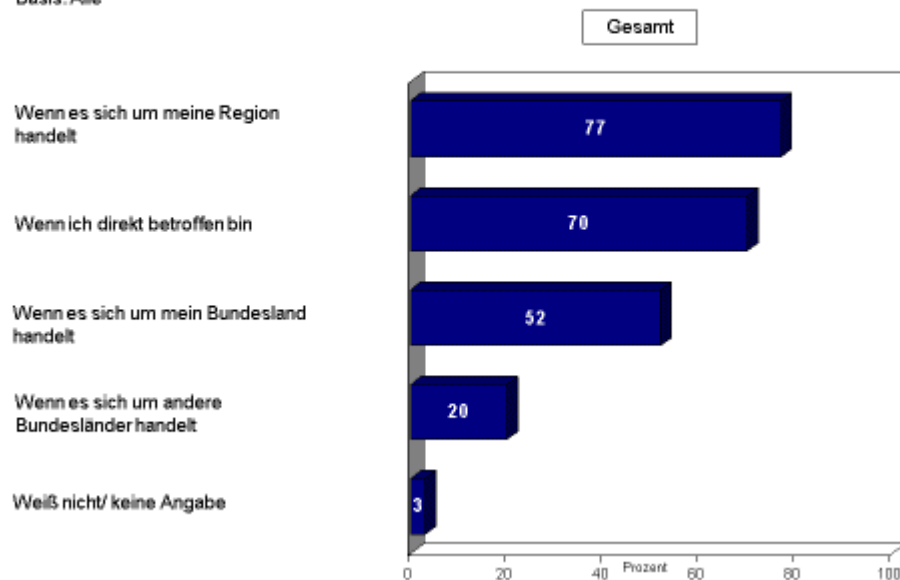
Eine Voraussetzung dafür, sich für infrastrukturelle Maßnahmen oder deren Planung zu interessieren und mitzusprechen, ist der unmittelbare Bezug, weil man davon betroffen ist (70%) oder weil es sich um Strukturmaßnahmen in der eigenen Region handelt (77%).

Immerhin jeder Zweite möchte sich stärker beteiligen können, wenn es um das eigene Bundesland geht, aber nur noch jeder Fünfte, wenn ein anderes Bundesland betroffen sein sollte.

Infrastrukturprojekte und Bürgerbeteiligung

„Bei welchen Strukturmaßnahmen wünschen Sie generell Mitsprachemöglichkeiten?“

Basis: Alle



10.4 Lösung von Interessenskonflikten

Uneinheitlich sind die Meinungen darüber, wie Interessenskonflikte gelöst werden sollten. Für den Fall, dass es bei Infrastrukturprojekten Konflikte zwischen der Allgemeinheit und den Interessen betroffener Anwohner gibt, halten 44% das Allgemeinwohl für wichtiger, 33% die Interessen der Betroffenen.

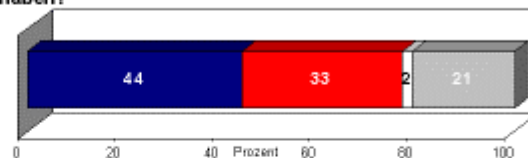
Bemerkenswert ist die unterschiedliche Einschätzung zwischen Männern und Frauen: Während für 52% der Männer die Interessen der Allgemeinheit Vorrang haben, sehen dies nur 36% der Frauen so. Für 39% der Frauen, aber für nur 27% der Männer, sollten die Interessen der betroffenen Anwohner ausschlaggebend sein.

Infrastrukturprojekte und Bürgerbeteiligung

„Bei großen Infrastrukturprojekten, z.B. dem Bau von Straßen und Stromtrassen, gibt es immer wieder Konflikte zwischen den Interessen der Allgemeinheit und den Interessen betroffener Anwohner. Was sollte Vorrang haben?“

Basis: Alle

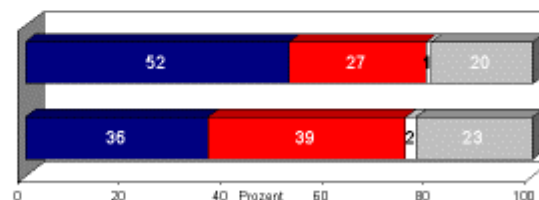
Gesamt



■ Interessen der Allgemeinheit ■ Interessen der Betroffenen □ Weiß nicht/ keine Angabe ■ (Spontan:) Beides gleichermaßen

Geschlecht

Männer



Frauen

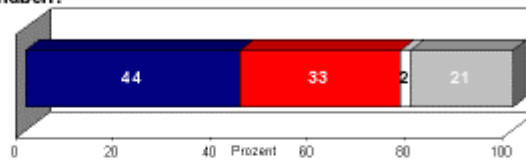
Auch die Schulbildung spielt bei der Interessenabwägung eine große Rolle: Unter Bürgern mit Abitur überwiegen ganz deutlich die Interessen der Allgemeinheit gegenüber Partikularinteressen (51%:22%). Unter Hauptschulabsolventen halten sich beide Ansichten die Waage (40%:39%).

Infrastrukturprojekte und Bürgerbeteiligung

„Bei großen Infrastrukturprojekten, z.B. dem Bau von Straßen und Stromtrassen, gibt es immer wieder Konflikte zwischen den Interessen der Allgemeinheit und den Interessen betroffener Anwohner. Was sollte Vorrang haben?“

Basis: Alle

Gesamt



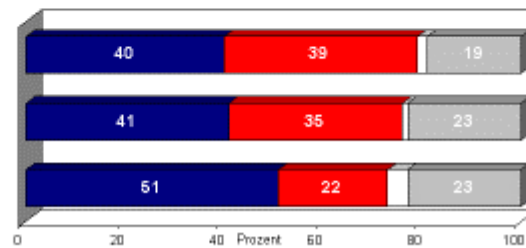
■ Interessen der Allgemeinheit ■ Interessen der Betroffenen □ Weiß nicht/ keine Angabe ■ (Spontan:) Beides gleichermaßen

Schulbildung

Hauptschule

Mittlerer Abschluss

(Fach)Abitur



11 Digitaler Wandel

11.1 Chancen und Risiken

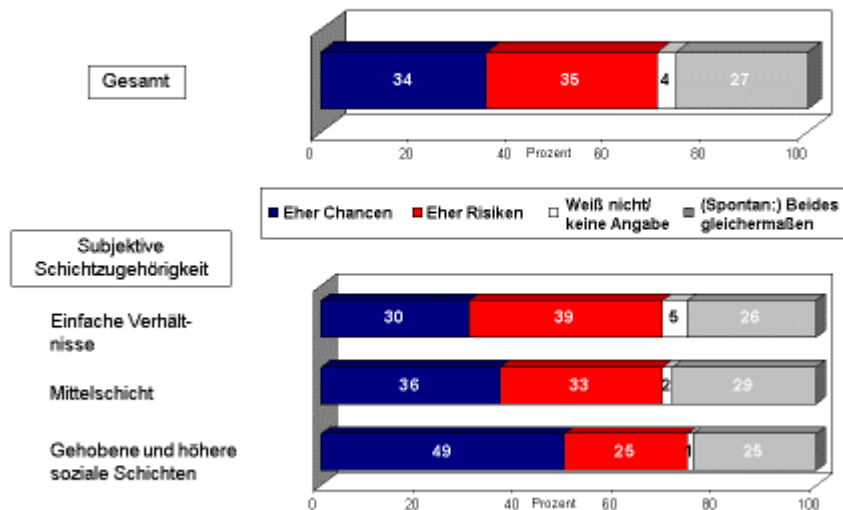
Uneinig sind sich die Bundesbürger bei der Beurteilung der Frage, ob der digitale Wandel eher Chancen oder eher Risiken für die Gesellschaft mit sich bringt. Jeweils rund ein Drittel neigt der einen oder der anderen Seite zu. Weitere 27% äußern spontan, die zunehmende Computerisierung und Technisierung sei sowohl Fluch als auch Segen.

Chancen überwiegen die Risiken aus Sicht der Angehörigen von höheren sozialen Schichten (49%:25%), während Bürger mit einfachem sozialen Hintergrund häufiger mit negativen als mit positiven gesellschaftlichen Folgen rechnen (39%: 30%).

Digitaler Wandel

„Bringt der digitale Wandel eher Chancen oder eher Risiken für die Gesellschaft mit sich?“

Basis: Alle



11.2

Nutzt Deutschland seine Chancen ausreichend?

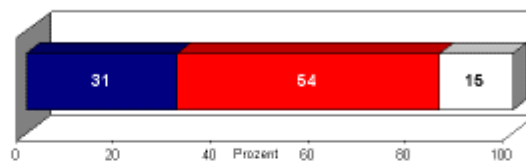
Die Mehrheit der Bundesbürger (54%) ist der Auffassung, dass Deutschland bislang die sich bietenden Chancen des digitalen Wandels nicht ausreichend nutzt. Nur 31% sind gegenteiliger Meinung. Angehörige der Mittelschicht und Bürger aus einfachen Verhältnissen vermuten etwas häufiger Nachholbedarf.

Digitaler Wandel

„Nutzt Deutschland die Chancen des digitalen Wandels bereits ausreichend oder hat es hier noch Nachholbedarf?“

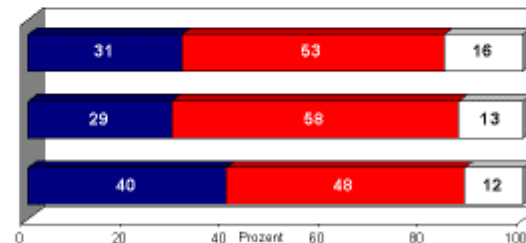
Basis: Alle

Gesamt



Subjektive Schichtzugehörigkeit

Einfache Verhältnisse



Mittelschicht

Gehobene und höhere soziale Schichten

11.3

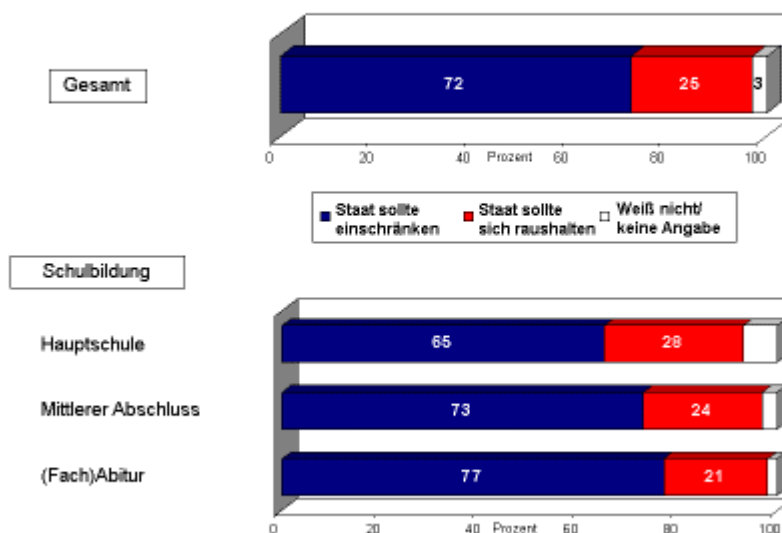
Sollte der Staat das Sammeln von Daten durch Unternehmen einschränken?

Geht es um die Risiken des digitalen Wandels, wird häufig der fehlende Datenschutz genannt. Weitgehende Einigkeit herrscht deshalb in der Bevölkerung darüber, dass der Staat das Sammeln von Daten durch Unternehmen einschränken sollte (72%), lediglich jeder Vierte ist der Meinung, der Staat solle sich da raushalten.

Digitaler Wandel

„Sollte der Staat das Sammeln von Daten durch Unternehmen einschränken?“

Basis: Alle



12

Die Digitale Agenda der Bundesregierung

12.1

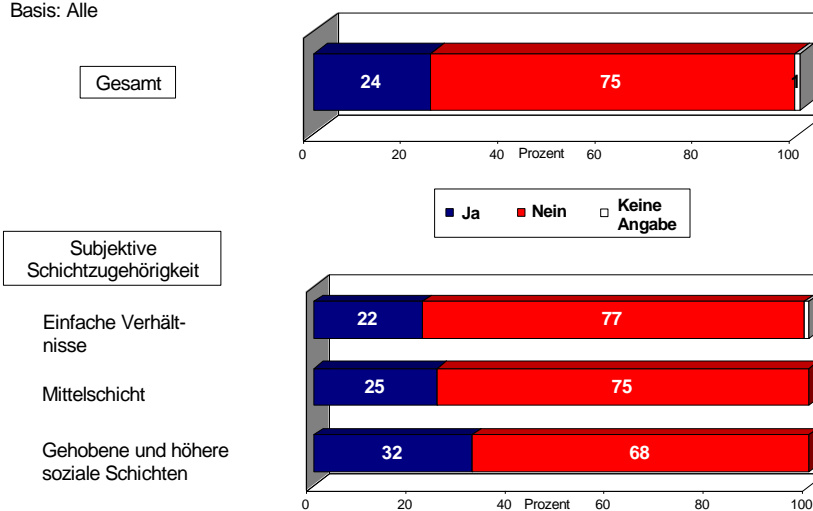
Bekanntheit

Die Digitale Agenda ist in der Bevölkerung zum jetzigen Zeitpunkt noch weitgehend unbekannt. Lediglich 24% haben von dieser Initiative der Bundesregierung zur Förderung der digitalen Infrastruktur bislang gehört, sie also im weitesten Sinne zur Kenntnis genommen. Angesichts der kurzen Zeitspanne ist das ein realistischer Bekanntheitsgrad. Selbst unter den in der Regel politisch interessierteren Angehörigen höherer sozialer Schichten hat nur jeder Dritte davon gehört.

Die Digitale Agenda der Bundesregierung

„Die Bundesregierung hat in diesem Jahr eine Digitale Agenda erstellt, eine Initiative zur Digitalisierung in Deutschland. Haben Sie schon einmal von der Digitalen Agenda gehört?“

Basis: Alle



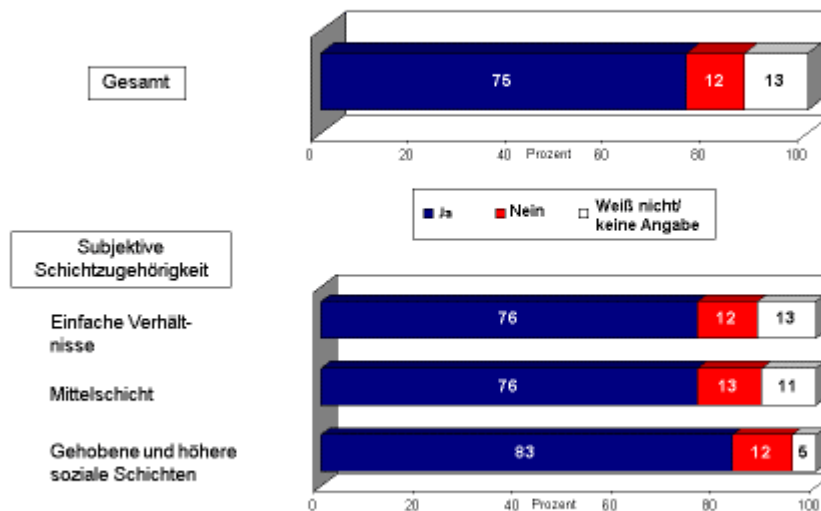
12.2 Grundsätzliche Beurteilung der Initiative

Die Zielsetzungen der Initiative, im Rahmen der Digitalisierung wirtschaftliches Wachstum und neue Beschäftigungsmöglichkeiten zu fördern, Zugang zu schnellem Internet für alle Bundesbürger herzustellen und für mehr Vertrauen und Sicherheit im Internet zu sorgen, wurde im Rahmen der Befragung anschließend erläutert. Sie wird von einer großen Bevölkerungsmehrheit (75%) für richtig befunden, nur 12% sind gegenteiliger Auffassung und weitere 13% haben sich hierzu noch keine Meinung gebildet. Damit sind gute Voraussetzungen gegeben, die Digitale Agenda durch eine breit angelegte Kommunikation im Bewusstsein der Menschen zu verankern.

Die Digitale Agenda der Bundesregierung

„Geht die Initiative der Bundesregierung mit ihren Zielen in die richtige Richtung?“

Basis: Alle



13

Interesse an Produkten und Dienstleistungen des Internets

Um die Chancen, die der digitale Wandel mit sich bringen kann, zu unterstreichen, wird häufig auf neue Produkte und Dienstleistungen verwiesen. Die Bevölkerung zeigt sich durchaus aufgeschlossen gegenüber einigen Innovationen: 70% interessieren sich für Tauschbörsen, bei denen Wissen und Fähigkeiten vermittelt werden (sehr interessant: 16%, interessant: 54%), 67% für die gemeinsame Nutzung von Büchern und Medien.

Bei 64% erwecken Tauschbörsen für Kleider, Möbel oder Spielzeug Aufmerksamkeit, bei 56% die Möglichkeit der gemeinsamen Nutzung von Fahrzeugen.

Auch die gemeinsame Nutzung von Büros bzw. Arbeitsplätzen (52%) oder von Gärten und Anbauflächen (46%) ist für rund die Hälfte der Bürger interessant.

Crowdfunding, Wohnungstausch im Urlaub oder private Taxiangebote haben vergleichsweise weniger potenzielle Interessenten.

Digitaler Wandel

Interesse an Produkten und Dienstleistungen

Basis: Alle

- Tauschbörsen für Vermittlung von Wissen und Fähigkeiten
- Gemeinsame Nutzung von Büchern und Medien
- Tauschbörsen für z.B. Kleider, Möbel, Spielzeug
- Gemeinsame Nutzung von Fahrzeugen (Carsharing, Bikesharing)
- Gemeinsame Nutzung von Büros/Arbeitsplätzen
- Gemeinsame Nutzung von Gärten und Anbauflächen
- Gemeinsame Finanzierung von Projekten oder Produkten (Crowdfunding)
- Wohnungstausch im Urlaub und Schlafplatzvermittlung (z.B. AirBnB, Couchsurfen)
- Private Taxiangebote (z.B. Uber)

